

Christine Marlene Straub

Das Recht des Kindes auf Kenntnis der eigenen Abstammung und seine Einbettung in das Abstammungsrecht

Unter besonderer Berücksichtigung des Gesetzes zur Regelung des Rechts auf Kenntnis der Abstammung bei heterologer Verwendung von Samen



Nomos



Stämpfli Verlag



Schriften zum Familien- und Erbrecht

herausgegeben von
Prof. Dr. Elisabeth Koch
Prof. Dr. Saskia Lettmaier
Prof. Dr. Dr. h.c. Volker Lipp
Prof. Dr. Karlheinz Muscheler
Prof. Dr. Anne Sanders

Band 26

Christine Marlene Straub

Das Recht des Kindes auf Kenntnis der eigenen Abstammung und seine Einbettung in das Abstammungsrecht

Unter besonderer Berücksichtigung des Gesetzes zur Regelung des Rechts auf Kenntnis der Abstammung bei heterologer Verwendung von Samen



Nomos



Stämpfli Verlag





Dieses Werk wurde gefördert durch den
Deutschen Akademikerinnenbund e.V.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Mannheim, Univ., Diss., 2019

ISBN 978-3-8487-6560-7 (Print)

ISBN 978-3-7489-0677-3 (ePDF)

ISBN 978-3-7272-4636-4 (Stämpfli Verlag AG, Print)



Onlineversion
Nomos eLibrary

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte,
auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der
Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

*„Wir sind der Stoff, aus dem die großen Träume sind.
Wir sind der Joker in der Tasche, der gewinnt.
Ich zünd ihn an, unseren Vulkan.
Das Feuer lodert hoch bis in die Sternenbahn.
So wie der Sturm, so wie die Flut.
Nichts hält uns auf, wir sind ein Blut.
Unsere Familie, kannst sicher sein, das bleibt.
Denn wir sind stärker als der Tod und als die Zeit.
Ewiges Band, das nie zerreißt.
Alles was ich will, ist dass du das auch weißt.“*

(aus Udo Lindenberg, „Stärker als die Zeit“)

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Herbst-/Wintersemester 2019/2020 von der Abteilung Rechtswissenschaft der Fakultät für Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre der Universität Mannheim als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur konnten bis einschließlich Dezember 2019 berücksichtigt werden.

An erster Stelle möchte ich meinen hoch geschätzten Doktoreltern danken. Herrn Prof. Dr. Philipp S. Fischinger, LL.M. (Harvard) für die kompetente Betreuung und die rasante Erstellung des Erstgutachtens. Er hat die Arbeit stets mit höchstem Wohlwollen und scharfsinnigem Humor begleitet, mich auf meinem Weg bestärkt sowie mir akademisch und persönlich größtmögliche Freiräume gewährt. Die Zeit an seinem Lehrstuhl als akademische Mitarbeiterin wird mir immer in allerbesten Erinnerung bleiben. Frau Prof. Dr. Isabell Götz danke ich dafür, dass sie für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens alle Hebel in Bewegung gesetzt hat sowie für die intensive inhaltliche Betreuung. Seit Anbeginn meines Studiums war sie mir Vorbild und Förderin. Im Rahmen meiner Promotion hat sie mich einmal mehr mit ihrer Leidenschaft für das Familienrecht infiziert. Nicht nur deshalb ist sie mir sehr ans Herz gewachsen. Herrn Prof. Dr. Thomas Fetzer, LL.M. (Vanderbilt) danke ich für die Übernahme des Vorsitzes beim Rigorosum.

Bei der Studienstiftung des deutschen Volkes sowie dem Cusanuswerk, insbesondere meiner großartigen und inspirierenden Mentorin Frau Dr. Renata von Pückler, bedanke ich mich zutiefst für die Förderung. Für die finanzielle Unterstützung hinsichtlich der Druckkosten danke ich der Johanna und Fritz Buch Gedächtnis-Stiftung, Hamburg sowie dem Deutschen Akademikerinnenbund e.V., Berlin.

Herausragender Dank gilt meinen Eltern Robert und Elisabeth Straub, die mich in all den Jahren auf meinem Bildungs- und Lebensweg vorbehaltlos und fest entschlossen unterstützt haben. Durch ihre bedingungslose Liebe und ihr unerschütterliches Vertrauen wurde diese Arbeit erst ermöglicht. Bedanken möchte ich mich auch bei meinen Geschwistern Laura und Jochen Straub, die immer wieder für die nötige Ablenkung gesorgt haben. Ein ganz besonderer Dank gebührt „meinem Team“, zuvörderst Sven Knauer, Michal Wanik und Jonas Hofer für die anregenden Diskussionen und die kritische Durchsicht der Arbeit, aber noch viel mehr für

Vorwort

die zahlreichen unvergesslichen geselligen Stunden außerhalb des Lehrstuhls. Von ganzem Herzen danke ich einer meiner engsten Freundinnen Elizaveta Sklyarova (Lisi), deren Weisheit, Geduld, Empathie und linguistischen Fähigkeiten mein Projekt fundamental und in einzigartiger Weise befördert haben.

Zum Gelingen dieser Arbeit trugen zahlreiche weitere Menschen bei, die ich leider nicht alle namentlich an dieser Stelle erwähnen kann. Ihnen allen gebührt mein herzlicher Dank.

Berlin, im März 2020

Christine Marlene Straub

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	27
Erster Teil: Einleitung	33
A. Einführung in die Problematik	33
B. Gang der Untersuchung	38
C. Relevante Konstellationen und Fallbeispiele	39
D. Der supranationale, verfassungsrechtliche und konzeptionelle Hintergrund	52
E. Der psychosoziale und soziologische Hintergrund	79
Zweiter Teil: Klärungsmöglichkeiten in Bezug auf die Vaterstellung	107
A. Das Vaterbild im Wandel der Zeit	108
B. Verpflichtung der Eltern zur Aufklärung des Kindes	109
C. Auskunfts- und Informationsansprüche im Rahmen einer natürlichen Zeugung	125
D. Auskunfts- und Informationsansprüche nach assistierter Reproduktion (donogene Insemination)	218
E. Gesamtergebnis und Reformvorschläge zum Zweiten Teil	329
Dritter Teil: Klärungsmöglichkeiten in Bezug auf die Mutterstellung	332
A. Die Mutterschaft im Wandel der Zeit	332
B. Hintergrund und Problemaufriss	334
C. De lege lata in der Bundesrepublik Deutschland	348
D. De lege ferenda in der Bundesrepublik Deutschland	382
E. Ausblick – Abstammungsrechtliche Lösung für neuartige Reproduktionsmethoden	446
F. Gesamtergebnis und Reformvorschläge zum Dritten Teil	451

Inhaltsübersicht

Vierter Teil: Schlussbetrachtung	454
A. Resümee	454
B. Zusammenfassung der wichtigsten Thesen und Ergebnisse	456
Literaturverzeichnis	461
Glossar	489

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	27
Erster Teil: Einleitung	33
A. Einführung in die Problematik	33
B. Gang der Untersuchung	38
C. Relevante Konstellationen und Fallbeispiele	39
I. Gespaltene Elternschaft bei natürlicher Zeugung und Austragung	39
1. „Kuckuckskind“	39
2. Stiefkindadoption im weitesten Sinne	40
3. Fremdadoption und sonstige Fälle	41
II. Gespaltene Elternschaft bei assistierter Reproduktion	41
1. Donogene/heterologe Insemination (Samenspende)	42
2. Eizellspende	43
3. Embryonenspende (Embryonenadoption)	44
4. Leihmutterschaft	45
a) Ersatzmutterschaft (teilweise Leihmutterschaft, genetische Leihmutterschaft)	46
b) Tragemutterschaft (vollumfängliche Leihmutterschaft, gestationale Leihmutterschaft)	48
aa) Mit Eizellen der intendierten Mutter	49
bb) Mit Eizellspende	50
III. Zusammenfassung	51
D. Der supranationale, verfassungsrechtliche und konzeptionelle Hintergrund	52
I. Der Schutz des Kindes	53
1. Das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung im supranationalen und verfassungsrechtlichen Kontext	53
a) Supranationale Regelungen	53
b) Entwicklung im nationalen Recht	54
c) Schranken	56
2. Sonstige schutzwürdige Verfassungspositionen	57
a) Art. 2 Abs. 1 und Art. 14 Abs. 1 GG	57

Inhaltsverzeichnis

b) Gleichbehandlungsaspekte	58
aa) Inhalt von Art. 3 Abs. 1 GG	59
bb) Anwendungsbereich der Formeln	60
cc) Allgemeingültige Grundlagen	61
dd) Rechtsfolgen bei Gleichheitsverstoß	62
3. Das Kindeswohl	63
a) Historischer Abriss über die Bedeutung von Kindern und deren Wohl im familiären Gesamtgefüge	63
b) Gesetzliche Verortung des „Kindeswohls“	65
c) Kindeswohlbegriff	66
d) Spezifika im Abstammungsrecht	69
e) Zusammenfassende Stellungnahme	70
II. Mögliche entgegenstehende Verfassungspositionen anderer Beteiligter	71
1. Des sicher feststehenden rechtlichen und genetischen Elternteils	71
a) Das Recht auf Achtung der Privat- und Intimsphäre	71
b) Der Schutz der Ehe	72
c) Das Elternrecht	72
2. Des rechtlichen Elternteils, dessen genetische Verbindung zum Kind in Frage steht (sogenannter Scheinelternteil) sowie der rechtlichen Familie des Kindes	72
a) Ein Recht auf Nichtkenntnis der genetischen Abstammung des rechtlichen Kindes?	73
b) Das Recht auf körperliche Unversehrtheit	73
c) Das Elternrecht	74
d) Der Schutz des Familienverbundes der rechtlichen Familie	74
3. Des potenziellen genetischen Elternteils und seiner Familie	75
a) Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	75
b) Das Recht auf Achtung der Privat- und Intimsphäre	75
c) Ein Recht auf Nichtkenntnis der genetischen Abstammungsverhältnisse?	76
d) Sonstige Verfassungspositionen	76
4. Des Reproduktionsmediziners	78
a) Die Berufsausübungsfreiheit	78
b) Das Persönlichkeitsrecht	78
5. Fazit	79

E. Der psychosoziale und soziologische Hintergrund	79
I. Die Bedeutung der Kenntnis der eigenen genetischen Abstammung	80
1. Zum Begriff der „Abstammung“	81
2. Die familienpsychologische und anthropologische Forschung zur Bedeutung der Abstammung und Identitätsbildung	82
a) Identitätsbildung nach Erikson	83
b) Hartmann Tyrell	83
c) Wolfgang Lauterbach	84
d) Dorett Funcke	84
e) Rosanna Hertz, Margaret K. Nelson und Wendy Kramer	85
f) Kritik am Primat der genetischen Abstammung	86
g) Fazit	86
3. Das Konzept von Nichtwissen und Unwissenheit	87
a) Ausgangspunkt	87
b) Gründe für Unwissenheit	88
aa) Aus Sicht des Reproduktionsmediziners	88
bb) Aus Sicht der (rechtlich-) sozialen/intendierten Eltern	89
c) Umgang mit Unwissen	91
d) Fazit	92
II. Die Auswirkungen einer Nichtkenntnis über die eigene Abstammung auf die Entwicklung eines Betroffenen	93
1. Erkenntnisse aus der Adoptionsforschung	93
2. Erkenntnisse aus der Forschung zur assistierten Reproduktion	96
a) Forschungsstand	96
aa) Negative Untersuchungsergebnisse	96
bb) Keine nachteiligen Untersuchungsergebnisse	97
b) Fazit	99
III. Folgen für die übrigen Beteiligten	100
1. Für die (rechtlich-) sozialen/intendierten Eltern	100
2. Für den genetischen/biologischen Elternteil, der nicht rechtlich-sozialer Elternteil ist	102
a) Leihmutter	102
b) Keimzellspender	102
3. Fazit	103
IV. Zusammenfassung	104

Inhaltsverzeichnis

Zweiter Teil: Klärungsmöglichkeiten in Bezug auf die Vaterstellung	107
A. Das Vaterbild im Wandel der Zeit	108
B. Verpflichtung der Eltern zur Aufklärung des Kindes	109
I. Problemaufriss – die lex lata	109
II. Staatliche Pflicht zum Normerlass? – die lex ferenda	110
1. Allgemein zur Schutzpflichtdimension der Grundrechte	110
2. Konkrete Normerlasspflicht?	113
a) Contra Normerlasspflicht	113
b) Pro Normerlasspflicht	114
c) Konkretisierende Stellungnahme	117
III. Die rechtliche Umsetzung	119
1. Schadensersatz- oder bußgeldbewehrte Aufklärungspflicht	119
2. Aufklärung im Ermessen des Tatrichters	121
3. Lex imperfecta zur Aufklärung	122
IV. Zusammenfassung	124
C. Auskunfts- und Informationsansprüche im Rahmen einer natürlichen Zeugung	125
I. Hintergrund und Problematik	125
II. Auskunftsansprüche des Kindes de lege lata	126
1. Der Auskunftsanspruch gegen die Mutter	126
a) Entwicklung des Anspruchs in Deutschland	126
b) Reformbedarf?	129
aa) Vollstreckbarkeit	130
bb) Vergleich mit Adoptionsrecht und vertraulicher Geburt	131
cc) Interessenabwägung	134
(a) Erwägungen zugunsten des Kindes	135
(b) Erwägungen zugunsten der Mutter	137
(aa) Der Schutz der Ehe	137
(bb) Die Achtung der Privat- und Intimsphäre	137
(cc) Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	138
(dd) Das Erziehungsrecht	138
(c) Konkrete Abwägung	139
(d) Fazit	141
dd) Systematische, konzeptionelle und verfahrensrechtliche Kritikpunkte	141

ee) Rückschlüsse aus BVerfGE 138, 377?	145
ff) Gleichheitsaspekte	147
(a) Ungleichbehandlung	147
(b) Rechtfertigungsmaßstab	148
(c) Rechtfertigung der Ungleichbehandlung	148
(d) Rechtsfolge des Verstoßes	150
gg) Zwischenergebnis	150
2. Der Auskunftsanspruch gegen andere Personen als die Mutter	151
a) Die Voraussetzungen für den Auskunftsanspruch aus § 242 BGB	151
b) Der Auskunftsanspruch gegen den Scheinvater	152
aa) Der Auskunftsanspruch vor Vaterschaftsanfechtung	152
(a) Relevante Grundrechtspositionen	153
(b) Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG des Scheinvaters	153
(c) Art. 6 Abs. 1 GG der rechtlichen Familie des Kindes	155
(d) Konkrete Interessenabwägung	155
bb) Der Auskunftsanspruch nach erfolgreicher Vaterschaftsanfechtung beziehungsweise gegenüber dem „nur“ sozialen Vater	158
(a) Sonderrechtsbeziehung	159
(b) Informationelle Notlage des Kindes	160
(c) Auskunftsmöglichkeit des Scheinvaters	160
(d) Konkrete Interessenabwägung	160
c) Der Auskunftsanspruch gegen den vermeintlichen genetischen Vater	162
aa) Sonderrechtsbeziehung	162
bb) Weitere Voraussetzungen	162
cc) Interessenabwägung	163
(a) Grundrechte des potenziellen Erzeugers	163
(aa) Ein Recht auf Nichtkenntnis der genetischen Abstammungsverhältnisse?	163
(bb) Das Recht auf Achtung der Privat- und Intimsphäre	164
(cc) Sonstige Grundrechte	164
(b) Art. 6 Abs. 1 GG der Familie des potenziellen Erzeugers	165
(c) Konkrete Interessenabwägung	165

Inhaltsverzeichnis

d) Der Auskunftsanspruch gegen sonstige Verwandte	168
aa) Sonderrechtsbeziehung	168
bb) Weitere Voraussetzungen	169
cc) Konkrete Interessenabwägung	169
e) Der Auskunftsanspruch gegen sonstige, nicht verwandte Personen	171
f) Fazit	174
3. Zwischenergebnis	174
III. Auskunftsansprüche des Kindes de lege ferenda	175
1. Staatliche Pflicht zum Normerlass?	175
a) Contra Normerlasspflicht	175
b) Pro Normerlasspflicht	176
c) Stellungnahme	178
2. Konkrete Ausgestaltung	178
a) Passivlegitimation	178
b) Altersgrenze	180
c) Sonstige (materielle) Voraussetzungen	180
d) Verjährung	182
e) Frist	184
3. Zwischenergebnis	185
IV. Gesetzliche Möglichkeiten zur isolierten Feststellung der genetischen Vaterschaft de lege lata	186
1. § 1592 Nr. 3 in Verbindung mit § 1600d Abs. 1 BGB	186
2. § 1600 Abs. 1 Nr. 4 BGB	187
3. § 1598a BGB	188
4. § 256 ZPO	190
5. Die Inzidenzfeststellung im Rahmen von § 1686a BGB	190
6. Möglichkeit zur isolierten Abstammungsfeststellung?	191
a) Die Entwicklung in der Rechtsprechung und Gesetzgebung	191
b) BVerfGE 141, 186 vom 19. 4. 2016	194
7. Resümee	195
V. Gesetzliche Möglichkeiten zur isolierten Feststellung der Abstammung de lege ferenda	195
1. Erfordernis einer isolierten Feststellungsmöglichkeit?	195
a) Historische Aspekte	195
b) Systematische Gesichtspunkte	197
c) Missbrauchsgefahr	198

d)	Schutz des klassischen Familienbildes (Vater-Mutter-Kind) – das Zwei-Eltern-Prinzip	199
aa)	Gefahr der Vaterlosigkeit	199
bb)	Gefahr der Aufspaltung der Vaterschaft	201
e)	Finanzielle Indikationen	202
f)	Psychosozialer und soziologischer Hintergrund	203
g)	Verfassungsrechtliche Indikation?	204
h)	Gleichheitsaspekte	205
2.	Stellungnahme inklusive der Frage nach einer staatlichen Pflicht zum Normerlass	207
3.	Konkrete Ausgestaltung	208
a)	Lösungsvariante eins: Legalisierung heimlicher Abstammungsgutachten	208
b)	Lösungsvariante zwei: Ergänzung von § 1598a BGB	210
c)	Lösungsvariante drei: Schaffung einer neuen Vorschrift zur statusunabhängigen Feststellung	211
d)	Lösungsvariante vier: Neuregelung von § 1598a BGB	212
aa)	Aktivlegitimation	212
bb)	Passivlegitimation	214
cc)	Altersgrenze	214
dd)	Besonderes Feststellungsinteresse	214
ee)	Frist und Verjährung	215
4.	Zwischenergebnis	217
VI.	Zusammenfassung	217
1.	De lege lata	217
2.	De lege ferenda	217
D.	Auskunfts- und Informationsansprüche nach assistierter Reproduktion (donogene Insemination)	218
I.	Hintergrund und Entwicklung	218
II.	Auskunftsansprüche gegen die rechtlichen/intendierten Eltern	220
1.	Herleitung	220
2.	Kritik und Fazit	220
III.	Auskunftsansprüche gegen Entnahmeeinrichtungen und Reproduktionsmediziner/-kliniken	221
1.	Bereits bestehende Vorschriften	221
a)	TPG inklusive TPG-GewV und Richtlinie zur Entnahme und Übertragung von menschlichen Keimzellen im Rahmen der assistierten Reproduktion	221

Inhaltsverzeichnis

b) AMG inklusive AMWHV	223
c) ESchG	224
d) GenDG	225
e) §§ 630a ff. BGB	225
f) Fazit	226
2. Entwicklung in der Rechtsprechung und -wissenschaft	226
a) Vertrag zugunsten des Kindes	228
b) Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten des Kindes	229
c) Drittschutz als gesellschaftlicher Institutionenschutz	231
3. Fazit	233
IV. Das Gesetz zur Regelung des Rechts auf Kenntnis der eigenen Abstammung bei heterologer Verwendung von Samen	233
1. Hintergrund	233
a) Personenstandslösung	233
aa) Pro	234
bb) Contra	235
cc) Fazit	237
b) Dezentrale Lösung	237
aa) Pro	238
bb) Contra	239
cc) Fazit	240
c) Zentrale Lösung	240
aa) Contra	241
bb) Pro	242
cc) Fazit	243
d) Zwischenergebnis	243
2. Das SaRegG de lege lata	244
3. Das SaRegG de lege ferenda	246
a) Anwendungsbereich des SaRegG (§ 1 SaRegG)	246
aa) Private Spenden, insbesondere sogenannte Becherspenden	247
bb) Im Ausland erfolgte Reproduktionsmaßnahmen	252
cc) Umgang mit Kindern, die mittels in Deutschland unerlaubter Reproduktionstechniken gezeugt wurden (Eizell-, Embryonenspende, Leihmutterchaft)	254
b) Angaben des Spenders (§ 2 SaRegG)	256
aa) Pflichtangaben (§ 2 Abs. 2 SaRegG)	256
bb) Weitere Angaben (§ 2 Abs. 3 SaRegG)	257

cc)	Speicherung und Löschung (§ 2 Abs. 4 SaRegG)	258
c)	Konkretisierung der Unterrichtungspflicht in § 4 S. 3 und § 5 Abs. 5 SaRegG	259
d)	Umgang mit Spenden aus dem Ausland (§ 5 Abs. 1 SaRegG)	262
e)	Aufgaben des DIMDI (§ 7 und § 8 SaRegG)	262
aa)	Erweiterter Aufgabenkatalog	262
bb)	Weitere Maßnahmen zur Sicherung der Datenaktualität erforderlich (§ 7 Abs. 4 SaRegG)?	263
cc)	Speicherung und Löschung der Daten beim DIMDI	264
f)	Auskunft aus SaReg (§ 10 SaRegG)	265
aa)	Verhältnis zu Auskunfts- und Informationsansprüchen in anderen Gesetzen	265
bb)	Kreis der Anspruchsberechtigten (§ 10 Abs. 1 SaRegG)	266
(a)	Die mittels assistierter Fortpflanzung gezeugten Menschen	266
(b)	Die Kinder von mittels assistierter Fortpflanzung gezeugten Menschen	266
(c)	Die Halbgeschwister	267
cc)	Altersgrenze (§ 10 Abs. 1 SaRegG)	268
dd)	Information des Spenders über die anstehende Auskunftserteilung (§ 10 Abs. 5 SaRegG)	273
ee)	Beratung und Betreuung des Kindes	274
g)	Kosten	276
h)	Altfälle (§ 13 Abs. 3 und Abs. 4 SaRegG)	277
aa)	Ungleichbehandlung	278
bb)	Rechtfertigungsmaßstab	278
cc)	Legitimes Differenzierungsziel	279
dd)	Geeignetheit und Erforderlichkeit	279
ee)	Angemessenheit	280
ff)	Rechtsfolge des Verstoßes	284
i)	Zwischenergebnis	284
V.	§ 1600d Abs. 4 BGB und die Interessen des Spenders	285
1.	Hintergrund	285
2.	Inhalt und Reichweite von § 1600d Abs. 4 BGB	286
3.	Probleme von § 1600d Abs. 4 BGB	287
a)	Art. 6 Abs. 1 GG	287

Inhaltsverzeichnis

b) (Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit) Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG	288
c) Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG	290
d) Art. 6 Abs. 5 GG	292
e) Art. 3 Abs. 1 GG	293
aa) Ungleichbehandlung	293
bb) Rechtfertigungsmaßstab	294
cc) Verhältnismäßigkeitsprüfung	296
(a) Legitimes Differenzierungsziel	296
(aa) Kindeswohl	296
(bb) Ausreichender Schutz des Kenntnisrechts über SaRegG	296
(cc) Förderung der Kontaktbereitschaft von Spendern	297
(dd) Erhalt der allgemeinen Bereitschaft zur Spende	297
(b) Geeignetheit	297
(aa) Kindeswohl	297
(bb) Ausreichender Schutz des Kenntnisrechts über SaRegG	300
(cc) Förderung der Kontaktbereitschaft von Spendern	301
(dd) Erhalt der allgemeinen Bereitschaft zur Spende	302
(c) Erforderlichkeit	303
(aa) Rückführung zur alten Rechtslage	304
(bb) Begrenzung der Spenden	304
(cc) Abschaffung des Anfechtungsrechts von Spenderkindern	307
(dd) Einschränkung des Anfechtungsrechts von Spenderkindern	309
(ee) Ausnahmeklausel in § 1600d Abs. 4 BGB	311
(ff) Fazit	311
(d) Angemessenheit	311
(aa) Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG	312
(bb) Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG	315
(cc) Widersprüche zur geltenden Rechtsordnung (Rechtsstaatsprinzip)	317
(a) Adoptionsrecht	318

(β) § 4 Abs. 1 Nr. 3 ESchG	319
(γ) Abstammungsrecht, insbesondere § 1600 Abs. 4 BGB	319
(dd) Einzelfallgerechtigkeit (Rechtsstaatsprinzip)	320
(ee) Gesetzgeberischer Spielraum	321
(ff) Fazit	323
dd) Zwischenergebnis	324
4. Ergänzende Bemerkungen zum isolierten Feststellungsverfahren	326
5. Ergebnis	328
VI. Zusammenfassung	329
E. Gesamtergebnis und Reformvorschläge zum Zweiten Teil	329
I. Aufklärungsverpflichtung	329
II. Auskunftsanspruch	330
III. Isolierte Feststellung	330
IV. Reform des SaRegG	331
Dritter Teil: Klärungsmöglichkeiten in Bezug auf die Mutterstellung	332
A. Die Mutterschaft im Wandel der Zeit	332
B. Hintergrund und Problemaufriss	334
I. Gespaltene Mutterschaft in der Theorie („mater semper certa est“)	334
II. Gespaltene Mutterschaft und ihre Ursachen	335
1. Derzeit zulässige Ausprägungen	335
2. Reproduktionstourismus	335
3. Legalisierungstendenzen	338
a) Eizell- und Embryonenspende	338
b) Leihmutterschaft	340
III. Gespaltene Mutterschaft in der Praxis	343
1. Im Rahmen einer natürlichen Zeugung	343
a) Adoption	343
b) Sonstige Fälle	344
2. Im Rahmen assistierter Reproduktion	345
a) Eizellspende	345
b) Embryonenspende	346
c) Leihmutterschaft	347
IV. Zusammenfassung	347

Inhaltsverzeichnis

C. De lege lata in der Bundesrepublik Deutschland	348
I. Rechtliche Bestandsaufnahme: § 1591 BGB	348
II. Verfahren in Bezug auf die genetische Mutter	349
1. Das Recht auf Kenntnis der genetischen Mutter	349
2. Statusverändernde Verfahren	350
a) §§ 1600 ff. und § 1600d BGB	350
b) § 169 Nr. 1 FamFG	351
c) § 256 ZPO	351
d) Adoption	353
e) Fazit	354
3. Statusunabhängige Verfahren	354
a) § 1598a BGB	355
b) Private Abstammungsuntersuchungen	356
c) Auskunftsansprüche	356
aa) Gesetzlich normiert	356
bb) Gegen die (rechtlich-) intendierten Eltern	356
cc) Gegen den Reproduktionsmediziner respektive die -einrichtung	359
(a) Behandlung im Ausland	359
(b) Illegale Behandlung im Inland	360
d) Fazit	361
III. Verfahren in Bezug auf die Geburtsmutter	361
1. Ein Recht auf Kenntnis der Geburtsmutter?	361
a) Das Grundgesetz und das Bundesverfassungsgericht	362
b) Die Zivilgerichtsbarkeit und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte	363
c) Die Physiologie, die Epigenetik und die Pränatalpsychologie – das pränatale „Mutter-Kind- Gespräch“	364
d) Fazit	365
2. Statusverändernde Verfahren	366
a) Adoptionsaufhebung respektive erneute Adoption (Option A)	367
b) Abänderung einer Mutterschaftsfeststellung, die auf ausländischem Sachrecht beruht (Option B)	368
aa) Art. 19 Abs. 1 EGBGB	369
bb) §§ 108 f. FamFG	371
c) § 169 Nr. 1 FamFG (Optionen A und B)	376
d) Sonstige Verfahren	377
e) Fazit	377

3. Statusunabhängige Verfahren	377
a) § 1598a BGB	377
b) Private Abstammungsuntersuchungen	378
c) Auskunftsansprüche	378
aa) Gesetzlich normiert	378
bb) Gegen die (rechtlich-) intendierten Eltern	378
cc) Gegen den Reproduktionsmediziner respektive die -einrichtung	380
4. Fazit	380
IV. Zusammenfassende Stellungnahme	381
D. De lege ferenda in der Bundesrepublik Deutschland	382
I. Differenzierungsbedarf zwischen den Kenntnisrechten bezüglich der Vater- und der Mutterstellung	382
II. Ansprüche hinsichtlich der Identität der genetischen Mutter	383
1. Verpflichtung der Eltern zur Aufklärung des Kindes	383
2. Auskunftsansprüche des Kindes hinsichtlich der genetischen Mutter	387
3. Gesetzliche Möglichkeiten des Kindes zur isolierten Feststellung der genetischen Mutter	388
4. Gesetzliche Möglichkeiten des Kindes zur statusverändernden Feststellung der genetischen Mutter	390
a) Erfordernis einer Aufweichung des „mater semper certa est“-Grundsatzes?	390
aa) Praktische Relevanz	390
(a) Fallbeispiele 4 und 5	390
(b) Fallbeispiel 6	391
(c) Fallbeispiele 2 und 3	391
(d) Fallbeispiel 7	392
(e) Fazit	394
bb) Abwägung	394
cc) Zwischenergebnis	395
b) Variante eins: Änderung auf Primärebene (§ 1591 BGB)	396
c) Variante zwei: Änderung auf Sekundärebene	399
aa) Erster Schritt: Anfechtung der rechtlichen Mutterschaft	400
(a) Gleichheitsrechtliche Erwägungen	401
(b) Rechtssoziologische und -politische Erwägungen	403

Inhaltsverzeichnis

(c) Systematische Erwägungen	406
(d) Fazit	408
bb) Zweiter Schritt: Statusbegründende Feststellung der genetischen als rechtliche Mutter	409
cc) Konkrete Ausgestaltung	412
(a) Aktivlegitimation	412
(b) Sonstige (materiell-rechtliche) Voraussetzungen	413
(c) Vertretung des Kindes	413
(d) Verfahrensrechtliche Besonderheiten	418
d) Resümee	418
5. Zwischenergebnis	419
III. Ansprüche bezüglich der Identität der Geburtsmutter	419
1. Verpflichtung der Eltern zur Aufklärung des Kindes	420
2. Auskunftsansprüche des Kindes hinsichtlich der Geburtsmutter	421
3. Gesetzliche Möglichkeiten des Kindes zur isolierten Feststellung der Geburtsmutter	422
4. Gesetzliche Möglichkeiten des Kindes zur statusverändernden Feststellung der Geburtsmutter	424
a) Vorüberlegung: Konsequenzen aus der Implementierung eines Mutterschaftsanfechtungsrechts	424
b) Erfordernis der Implementierung eines originären Rechts auf Statusänderung hin zur Geburtsmutter?	427
aa) Pro originäres Aufhebungsrecht	427
bb) Contra originäres Aufhebungsrecht	428
cc) Stellungnahme	430
5. Zwischenergebnis	431
IV. Aufnahme von Eizellspenderinnen und Leihmüttern ins „SaReg“?	431
1. Aufnahme von Eizellspenderinnen ins „SaReg“?	432
a) Meinungsbild und Stellungnahme	432
aa) Spende überzähliger Embryonen	432
bb) Klassische Eizellspende (und Spende nicht überzähliger Embryonen)	433
b) Besonderheiten gegenüber dem SaReg de lege lata	434
aa) Bezeichnung	434
bb) Meldeverpflichtete	435

cc) Übermittlung der Daten und Verfahren der Registrierung	438
dd) Durchsetzbarkeit des Auskunftsanspruchs	440
ee) Ergänzung: § 1600d Abs. 4 BGB	440
2. Aufnahme von Leihmüttern ins „SaRegG“?	441
a) Meinungsbild und Stellungnahme	441
b) Besonderheiten gegenüber dem SaRegG de lege lata	442
aa) Bezeichnung	442
bb) Übermittlung der Daten und Verfahren der Registrierung	442
cc) Ergänzung: § 1600d Abs. 4 BGB	444
3. Zwischenergebnis	444
V. Zusammenfassung	445
E. Ausblick – Abstammungsrechtliche Lösung für neuartige Reproduktionsmethoden	446
I. Neuartige Reproduktionsmethoden	446
1. Mitochondrien-Ersatztherapie (MET)	446
2. Weitere Verfahren	447
II. Das Recht auf Kenntnis der Abstammung	449
III. Stellungnahme	450
F. Gesamtergebnis und Reformvorschläge zum Dritten Teil	451
I. Bezüglich der genetischen Mutter	452
II. Bezüglich der Geburtsmutter	453
III. Das SaRegG wird zum ReproRegG	453
Vierter Teil: Schlussbetrachtung	454
A. Resümee	454
B. Zusammenfassung der wichtigsten Thesen und Ergebnisse	456
Literaturverzeichnis	461
Glossar	489

Abkürzungsverzeichnis

a. A., A. A.	Andere/r Ansicht
ABGB	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch (Österreich)
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für civilistische Praxis (Zeitschrift)
AdVermiG	Adoptionsvermittlungsgesetz
AdWirkG	Adoptionswirkungsgesetz
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AK	Arbeitskreis
AKDI	Arbeitskreis Donogene Insemination e. V.
allg.	allgemein/e/er
Alt.	Alternative
AME-FMedG	Fortpflanzungsmedizinengesetz Augsburg-Münchener-Entwurf
AMG	Arzneimittelgesetz
AMWHV	Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung
Anm.	Anmerkung
AnwBl	Anwaltsblatt
Az.	Aktenzeichen
BÄK	Bundesärztekammer
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGZ	Sammlung des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
Bearb.	Bearbeiter/in
Begr.	Begründer/in
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof

Abkürzungsverzeichnis

BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen (Entscheidungssammlung)
BJOG	An International Journal of Obstetrics & Gynaecology (Zeitschrift)
BKiD	Beratungsnetzwerk Kinderwunsch Deutschland
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMJV	Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz
BR-Drucks.	Bundesrat-Drucksache
BRZ	Bundesverband Reproduktionsmedizinischer Zentren
BSB	Berliner Samenbank GmbH
bsph.	beispielhaft
bspw.	beispielsweise
BT	Bundestag
BT-Drucks.	Bundestag-Drucksache
BT-PlPr	Plenarprotokoll des Bundestags
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen der amtlichen Sammlung des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzw.	beziehungsweise
DAV	Deutscher Anwaltverein
DAVorm	Der Amtsvormund (Zeitschrift)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
DFGT	Deutscher Familiengerichtstag
d. h.	das heißt
DIJuF	Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht
DIMDI	Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information
DI-Netz	Deutsche Vereinigung von Familien nach Samenspende
DIR	Deutsches IVR-Register
djb	Deutscher Juristinnenbund
DJT	Deutscher Juristentag
DNA (deutsch: DNS)	Desoxyribonukleinsäure

DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DRB	Deutscher Richterbund
DtÄrzteBl	Deutsches Ärzteblatt
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ESchG	Embryonenschutzgesetz
ESHRE	European Society of Human Reproduction and Embryology
et al.	et alii/ et aliae (entspricht dem deutschen „u. a.“ = „und andere“)
EU-GR-Charta	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
e. V.	eingetragener Verein
f.	folgend/e
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamFR	Familienrecht und Familienverfahrensrecht (Zeitschrift)
FamRB	Der Familien-Rechtsberater (Zeitschrift)
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht (Zeitschrift)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FF	Forum Familienrecht (Zeitschrift)
ff.	fortfolgend/e
FMedG	Fortpflanzungsmedizingesetz
Fn.	Fußnote
FPR	Familie, Partnerschaft, Recht (Zeitschrift)
FS	Festschrift
FuR	Familie und Recht (Zeitschrift)
GBBerG	Grundbuchbereinigungsgesetz
GenDG	Gendiagnostikgesetz
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
grdl.	grundlegend/ grundlegenden
GS	Gedächtnisschrift
GuP	Gesundheit und Pflege (Zeitschrift)
HAÜ	Haager Adoptionsübereinkommen
HCCH	Hague Conference on Private International Law (Haager Konferenz für Internationales Privatrecht)

Abkürzungsverzeichnis

HIV	Humanes Immundefizienz-Virus
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber/in
Hs.	Halbsatz
i. H. v.	in Höhe von
i. d. R.	in der Regel
i. E.	im Ergebnis
inkl.	inklusive
insb.	insbesondere
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
i. S.	im Sinne
i. Ü.	im Übrigen
i. V. m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristen-Zeitung (Zeitschrift)
KG	Kammergericht
Komm.	Kommentar
KZfSS	Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie
LG	Landgericht
Lit.	Literatur
LPartG	Lebenspartnerschaftsgesetz
LSG	Landessozialgericht
LSVD	Lesben- und Schwulenverband in Deutschland
MBO-Ä	Musterberufsordnung für die deutschen Ärztinnen und Ärzte
m. E.	meines Erachtens
MedR	Medizinrecht (Zeitschrift)
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NJW-RR	Rechtsprechungs-Report Zivilrecht (Zeitschrift)
NJWE-FER	NJW-Entscheidungsdienst Familien- und Erbrecht
NKRG	Gesetz zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates
Nr.	Nummer

NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zeitschrift)
NZFam	Neue Zeitschrift für Familienrecht (Zeitschrift)
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht (Zeitschrift)
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung (Zeitschrift)
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
PStG	Personenstandsgesetz
Rz.	Randziffer
RdJB	Recht der Jugend und des Bildungswesens (Zeitschrift)
Recht auf Kenntnis/ Kenntnisrecht	Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung
ReproRegG	Reproduktionsregistergesetz (lex ferenda)
resp.	respektive
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Rn.	Randnummer
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger (Zeitschrift)
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite
SaRegG	Samenspenderregistergesetz
SchKG	Schwangerschaftskonfliktgesetz
Sec.	Section
SGB	Sozialgesetzbuch
sog.	sogenannt/e/er
StAZ	Das Standesamt (Zeitschrift)
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
taz	Die Tageszeitung
TPG	Transplantationsgesetz
TPG-GewV	TPG-Gewebeverordnung
u.	und
u. a.	unter anderem/ und andere
USA	Die Vereinigten Staaten von Amerika (United States of America)
usw.	und so weiter
v.	vom
v. a.	vor allem

Abkürzungsverzeichnis

Var.	Variante
vgl.	vergleiche
Vorbem.	Vorbemerkung
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WVfFR	Wissenschaftliche Vereinigung für Familienrecht e. V.
z.	zum
zit.	zitiert
z. B.	zum Beispiel
ZD	Zeitschrift für Datenschutz (Zeitschrift)
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft (Zeitschrift)
ZGB	Zivilgesetzbuch (Schweiz)
ZKJ	Zeitschrift für Kindschafts- und Jugendrecht (Zeitschrift)
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik (Zeitschrift)
z. T.	zum Teil